



Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die 21. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport — am 19.04.2012 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Carola Hartfelder
Frau Gabriele Dehn
Herr Felix Thier
Frau Gertraud Rocher
Herr Andreas Noack

Verwaltung

Herr Horst Bührendt, Dezernent V
Herr Karsten Dornquast, Leiter A 40
Herr Matthias Fröhlich, Sachgebietsleiter Schulverwaltung
Frau Birgit Kaminski, Sachbearbeiterin A 40
Frau Andreas Piechatzeck, Teamleiterin Schulverwaltung
Frau Margitta Wünsche, Sachbearbeiterin Kultur bis 17.30 Uhr
Herr Winfried Otto, Leiter des Staatlichen Schulamtes

Gäste

Herr Werner Borchert, Geschäftsführer der Bücherstadt Wünsdorf bis 17.30 Uhr

Entschuldigt fehlten:

Ausschussvorsitzende

Frau Ria von Schrötter

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gabriele Schröder
Herr Peter Dunkel

Herr Lutz Lehmann

Sachkundige Einwohner

Herr Andreas Buch
Herr Bert Lindner
Herr Gregor Jung

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 08.03.2012
- 3 Beschlusskontrolle
- 4 Information zum Sachstand der Maßnahmen zum Erhalt der Neuen Galerie
- 5 Vierte Änderungssatzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Teltow-Fläming 4-1185/12-V
- 6 Schulentwicklungsplan des Landkreises Teltow-Fläming für den Zeitraum vom 01.08.2012 - 31.07.2017 4-1195/12-V
- 7 Sonstiges

Öffentlicher Teil

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden

Frau Hartfelder begrüßt die Anwesenden. Sie teilt mit, dass die Ausschussvorsitzende, Frau von Schrötter, heute aus persönlichen Gründen nicht teilnehmen kann und sie somit die heutige Sitzung leiten wird.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 08.03.2012

Es liegen keine Einwendungen vor. Das Protokoll der Sitzung vom 08.03.2012 gilt somit als angenommen.

TOP 3 **Beschlusskontrolle**

Frau Hartfelder übergibt Herrn Dornquast das Wort.

Herr Dornquast führt aus, mit Schreiben vom 10.02.2012 wurden die Bürgermeister/innen sowie der Amtsdirektor durch die Verwaltung zu der vorliegenden und zum damaligen Zeitpunkt vorgestellten Sportentwicklungsplanung um Rückinformation gebeten, wie in den Kommunen mit dieser Planung, erstellt durch den Landkreis und den Partnern der Universität Potsdam und Universität Cottbus, umgegangen werden soll. Die Bürgermeister und der Amtsdirektor wurden in der Dienstberatung beim Landrat informiert. Nach der Vorstellung der Sportentwicklungsplanung in diesem Ausschuss wurde von einigen Ausschussmitgliedern der Wunsch geäußert, sich länger mit dem umfassenden Material befassen zu wollen. Aus diesem Grund wurde dieser TOP ein Vierteljahr später auf die Tagesordnung gesetzt. Der Abgeordnete Lehmann forderte von der Verwaltung noch einmal einen Überblick über die Rückläufe aus den Kommunen. Herr Dornquast berichtet weiter, diese Übersicht wurde von der Verwaltung erstellt. Einige Kommunen haben gar nicht reagiert, andere mit einem Telefonat oder einer E-Mail. Diese Übersicht wird dem Protokoll der heutigen Sitzung beigefügt. Weiter führt Herr Dornquast aus, dass bis Mitte des Jahres ein Abschlusstreffen der Gesamtplanungsgruppe vorgesehen ist. Geplant ist die Einarbeitung der Dokumentation des Leitfadens als kooperative Planung in Zusammenarbeit mit dem Bildungsministerium bis zum Ende des Jahres. Abschließend soll von der Verwaltung eine Zusammenstellung der kreiseigenen Maßnahmen zur Beschlussfassung des Kreistages herbeigeführt werden, denn der Landkreis als Schulträger ist an einigen Standorten auch betroffen.

Da es keine weiteren offenen Themen gibt, beendet Frau Hartfelder diesen Tagesordnungspunkt.

TOP 4 **Information zum Sachstand der Maßnahmen zum Erhalt der Neuen Galerie**

Frau Hartfelder stellt fest, die Neue Galerie ist ein altes Thema, das oft in diesem Ausschuss behandelt wurde. Sie bittet die Verwaltung, sich dazu zu äußern.

Herr Dornquast teilt mit, die Verwaltung hat den Sachstand noch einmal aufgeschlüsselt. Weiterhin hat Herr Borchert, Geschäftsführer der Bücherstadt Wünsdorf, einen Brief an die Ausschussvorsitzende gesandt. Dieser Brief sowie der Sachstand waren der Einladung beigelegt. Herr Dornquast stellt zu dem bereits versandten Material anhand einer Präsentation noch einmal dar, welche Kosten tatsächlich im Jahr 2011 entstanden sind. Bei den Personalaufwendungen handelt es sich um die Aufwendungen der beiden Mitarbeiterinnen im Kulturbereich, Frau Wünsche und Frau Schmidt. Es sind nur anteilige Personalkosten, da beide Mitarbeiterinnen im Bereich des SG Schulverwaltung und Kultur weitere Aufgaben erfüllen. Die Honorare von 11.000 € wurden für die Künstler, die Laudatoren, für die musikalische Begleitung bei Eröffnungen von Ausstellungen sowie für Honorare der Helfer und Mitarbeiter, die die Betreuung und die Aufsicht an den Öffnungstagen realisieren, verwendet. Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen sind die Kosten, die im Zusammenhang mit der Erstellung von Plakaten und Einladungen entstehen. Die Ausarbeitung der mit dem Betrieb der Galerie verfolgten Ziele wird dem Protokoll beigefügt.

Frau Hartfelder stellt fest, dass eine Reihe von Fakten ohne Wertung zusammengetragen worden sind und fragt deshalb, in welche Richtung die Verwaltung denkt.

Herr Dornquast berichtet, im letzten Jahr hat die Verwaltung den Auftrag erhalten, zu prüfen, inwieweit das Betreiben der Galerie z. B. durch einen Förderverein oder einen freien Träger möglich ist. Auch hat er persönlich mit der Bürgermeisterin von Zossen, Frau Schreiber, gesprochen. Zurzeit zeichnet sich noch keine Lösung ab. Durch Frau Wünsche wurde er aber über eine Idee von Herrn Borchert und seinen Mitstreitern informiert. Er schlägt deshalb vor, Herrn Borchert das Wort zu erteilen.

Nach Rückfrage an die Ausschussmitglieder erteilt Frau Hartfelder Herrn Borchert das Wort.

Herr Borchert möchte keine konkreten Maßnahmen erläutern und weist auf den Nachsatz des Schreibens vom 10.03.2012 an die Ausschussvorsitzende, Frau von Schrötter, hin. Für ihn ist wichtig noch in diesem Jahr zu erfahren, wie viel Mittel die Verwaltung für die Neue Galerie in Wünsdorf plant. Daraus ergibt sich dann ein Differenzbetrag, mit dem die Neue Galerie auch 2013 betrieben werden kann. Diese Aussage müsste aber zu einem Zeitpunkt getroffen werden, an dem der Fortbestand der Galerie für 2013 noch gesichert werden kann.

Herr Bührendt sieht es positiv, dass sich der in Bildung befindliche Förderverein bereit erklärt, sich ggfs. stärker zu engagieren. Schwierig ist jedoch, dass der Diskussionsprozess innerhalb der Verwaltung in Bezug auf die Einsparvorgaben in 2013 nicht bis zum 30.06.12 abgeschlossen sein wird. Der 30.06.2012 ist der Termin zur Verlängerung des Mietvertrages. Weiter führt Herr Bührendt aus, ein Förderverein hat natürlich mehr Möglichkeiten zur Anwerbung von Mitteln und weist dabei auf die Kulturstiftung der MBS hin.

Frau Rocher, Mitglied im Finanzausschuss sowie Mitglied der AG „Haushaltskonsolidierung“, findet es problematisch, dass bisher noch nicht bekannt ist, wo wie viel eingespart werden muss. Sie bedauert, dass die Stadt Zossen sich nicht positioniert.

Frau Hartfelder hält es für möglich, einen eigenen Verein mit dem Förderschwerpunkt „Neue Galerie“ zu gründen. Eine andere Möglichkeit wäre auch, mit dem Verein „Freunde der Bücherstadt“ ins Gespräch zu kommen und dort den Satzungsauftrag zu verändern. Sie bittet Herrn Borchert, dazu Ausführungen zu machen. Sie betont, die „Neue Galerie“ ist gewollt. Es müssen aber andere Wege gefunden werden, da es eine Kürzung der Mittel geben wird.

Herr Borchert bemerkt zum Thema „Miete“, es ist ein Leichtes mit dem Vermieter einen Konsens zu finden, dass auch im Oktober oder November der Mietvertrag durch den Landkreis gekündigt werden kann. Weiter erklärt er, es ist unumgänglich, einen Förderverein „Neue Galerie“ zu gründen. Der Förderverein „Freunde der Bücherstadt“ ist mit Lesungen und Festen schon stark belastet. Er verlässt den Ausschuss mit der Empfehlung, die „Neue Galerie“ ist gewollt, es wird Kürzungen geben. Es muss ein Förderverein gegründet werden. Was sich dann im Laufe der nächsten Monate an Finanzproblemen herausstellt, wird im Einvernehmen Förderverein und Verwaltung des Landkreises Teltow-Fläming geregelt.

Auf Nachfrage von Frau Hartfelder erklärt Herr Bührendt, das Ehrenamt ist ein Thema, das zu den Sparpotentialen ab 2013 gehören muss. Im Moment ist die ehrenamtliche Arbeit für die Galerie relativ gering.

Frau Hartfelder beschließt die Diskussion. Sie bittet Frau Rocher die Intention des Ausschusses, die „Neue Galerie“ zu erhalten, mit in die AG „Haushaltskonsolidierung“ zu nehmen.

TOP 5

Vierte Änderungssatzung über die Schülerbeförderung im Landkreis Teltow-Fläming (4-1185/12-V)

Frau Hartfelder bittet Herrn Dornquast, die Veränderungen zu erläutern.

Herr Dornquast erklärt, das Material, der Sachverhalt, die Begründung sowie die Gegenüberstellung der geänderten Textpassagen wurden mit der Einladung zu diesem Ausschuss zugestellt. Er benennt die wichtigsten Punkte der Änderung. Ein ganz markanter Punkt ist, dass zunehmend mehr kommunale Schulträger im Grundschulbereich Schulbezirke gebildet haben, die sich komplett überschneiden und somit die eindeutige Zuordnung der Schule nicht gegeben ist. Dadurch besteht ein Anspruch aufgrund der Entfernung vom Wohnort zur Schule, der beim Besuch der nächsterreichbaren Schule nicht gegeben wäre. Diese Situation betrifft mittlerweile fünf Kommunen. Dringender Handlungsbedarf besteht auch für die Gesamtschule Zossen Dabendorf, die mit Änderung der Schulform Einführung der Oberschule einen besonderen Status hatte. Es war die einzige Schule in der Form, die zu dem Zeitpunkt ermöglichte, nach 13 Schuljahren das Abitur zu erreichen. Zwischenzeitlich besteht die Alternative am beruflichen Gymnasium am OSZ. Dadurch ist aber ein sehr großer Einzugsbereich vorhanden. Er erklärt weiter, es gab eine Übergangsregelung, die eigentlich schon ausgelaufen war. Es wurde aber weiter so verfahren, der volle Erstattungsanspruch gegenüber den Eltern wurde realisiert. Das soll in dieser Satzungsänderung so festgeschrieben werden. Weiter führt er aus, dass Begrifflichkeiten klarer definiert wurden.

Abschließend bemerkt er, die Verwaltung ist dringend darauf angewiesen, dass die Abgeordneten im Kreistag eine Beschlusslage herbeiführen. Die Eltern und die Schüler stellen bedingt durch Schulwechsel und die Schulaufnahme schon jetzt Anträge auf Schülerbeförderung. Um diese Anträge verwaltungsrechtlich korrekt bearbeiten zu können, benötigen die zuständigen Sachbearbeiter/innen die Beschlusslage.

Frau Hartfelder bittet die Verwaltung, bei der nächsten Satzungsänderung auch die alte Fassung mit den Unterlagen zu versenden. Ansonsten waren die Erläuterungen für sie sehr ausführlich.

Da es keine weiteren Fragen oder Bemerkungen gibt, bittet sie um Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Vorlage 4-1185/12-V zu beschließen:

Ja-Stimmen: 5 (einstimmig)

TOP 6

Schulentwicklungsplan des Landkreises Teltow-Fläming für den Zeitraum vom 01.08.2012 - 31.07.2017 (4-1195/12-V)

Frau Hartfelder übergibt das Wort an Herrn Dornquast.

Herr Dornquast stellt den Vorsitzender des Kreisschulbeirates, Herrn Wolfram Eiser vor. Herr Eiser wird auf Grundlage des § 99 SchulG am 14.05.2012 vom Kreistag als sachkundiger Einwohner für den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport mit beratender Stimme berufen. Im Gegenzug dazu ist die Ausschussvorsitzende, Frau Ria von Schrötter, auch Mitglied des Kreisschulbeirates.

Die Schulentwicklungsplanung, erklärt Herr Dornquast, ist im Fünf-Jahres-Rhythmus zu machen. Die gesetzlichen Grundlagen sowie das Anforderungsprofil, das durch die Schulentwicklungsplanung erfüllt werden muss, wurden noch einmal dargestellt. Dieser Entwurf der Schulentwicklungsplanung wurde in sehr enger Zusammenarbeit mit den Kommunen erarbeitet. Er bedankt sich bei Frau Kaminski, die aufgrund der längeren krankheitsbedingten Abwesenheit der für diese Aufgabe zuständigen Mitarbeiterin sich schnell und problemlos eingearbeitet hat. Dadurch konnte die Zeitschiene durch die Verwaltung eingehalten werden.

Weiter erklärt er den Aufbau der Schulentwicklungsplanung. Im Gegensatz zu den Schulentwicklungsplänen der Vergangenheit, die fünf Planungsregionen beinhalteten, wurde dieser Schulentwicklungsplan der Landesentwicklungsplanung angepasst. Dieses geschah in enger Abstimmung mit dem Staatlichen Schulamt. Komfortabel ist, dass es in den nächsten fünf Jahren keine wesentliche Veränderung gibt. Es wird in der mittelfristigen Zukunft keine Diskussionen um Schulschließungen im Grundschulbereich oder im weiterführenden Schulbereich geben. Schwierig war das Thema „Inklusion“ für diese Schulentwicklungsplanung. Bislang gibt es nur Willensbekundungen. Eine Entscheidung wird es erst für die Pilotschulen, die sich der inklusiven Beschulung widmen wollen, geben. Das Thema „Inklusion“ wird die Schulentwicklungsplanung für die danach folgenden fünf Jahre betreffen, beendet Herr Dornquast seine Ausführungen.

Frau Hartfelder stellt fest, dass es eine sehr enge Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt gab. Sie bittet die Ausschusssmitglieder, Fragen zu stellen.

Herr Noack kann die Prognose der Bevölkerungsentwicklung für die Stadt Zossen nicht nachvollziehen, da die Schülerzahl stetig steigt. Ihm ist bekannt, dass die Prognose auf Landeszahlen beruht.

Herr Dornquast erwidert, diese Bemerkung hat auch die Bürgermeisterin, Frau Schreiber, im Rahmen der Benennungsherstellung gemacht. Sie bot an, Zahlen zur Entwicklung der Stadt Zossen zuzuarbeiten. Das ist bis heute nicht erfolgt.

Herr Noack wird Frau Schreiber an das Angebot erinnern.

Weiter beantwortet Herr Dornquast die Frage von Herrn Thier zu den Sanierungsarbeiten am Komplex Friedrich-Ludwig-Jahn-Grundschule sowie Oberschule. Er erklärt, die Daten, die dazu verarbeitet wurden, sind Zuarbeiten der Kommunen.

Herr Otto weist darauf hin, dass im Moment zwar keine Schulstandorte gefährdet sind, durch die Inklusion aber die Klassenfrequenzen geringer werden. In einigen Kommunen kann das dazu führen, dass die vorhandenen Gebäude nicht mehr ausreichen. Deshalb wurde eine Höchstkazität neu in diesen Schulentwicklungsplan aufgenommen. Wenn flächendeckend die Inklusion mit einer geringeren Schülerfrequenz umgesetzt wird, müssen Baumaßnahmen eingeplant werden.

Herr Thier bezieht sich auf die enthaltenen Kriterien. Er fragt, ob es möglich ist, die Kriterien für die Kreisschulen zu bekommen.

Herr Fröhlich antwortet, es ist eine Einschätzung vom Hochbauamt. Da es dort diverse Bauleiter gibt, gibt es dementsprechend auch unterschiedliche Einschätzungen. Diese kann man sich vom Bauamt erläutern lassen.

Für Frau Hartfelder sind die Kriterien „gut“ oder „sehr gut“ nicht das Primäre. Es muss darauf geachtet werden, wo es Schäden gibt. Daher begrüßt sie es, dass von vielen Schulen schon darauf hingewiesen wird, welcher Sanierungsbedarf nötig ist.

Da es keine weiteren Fragen und Anmerkungen gibt, schließt Frau Hartfelder die Diskussion ab.

Der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, die Vorlage 4-1195/12-V zu beschließen:

Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

TOP 7
Sonstiges

keine Themen

Frau Hartfelder beendet die Sitzung und wünscht allen einen guten Heimweg.

Datum: 27.04.2012

gez. Carola Hartfelder
stellvertretende Vorsitzende

Heike Linke
Protokollantin